Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Position des Netzwerk Kinderrechte Schweiz zu einem Social Media Verbot für Kinder

Bern, November 2026 - Digitale Plattformen sind fester Bestandteil des Alltags von Kindern und Jugendlichen und sie bergen reale Risiken: Cybergrooming, sexualisierte Gewalt, kommerzielle Ausbeutung, Hassrede und auf Suchtverhalten ausgelegte Mechanismen der Plattformen gefährden junge Nutzer*innen in einer besonders sensiblen Entwicklungsphase. Diese Risiken sind der Grund, warum die politische Debatte um Alterskontrollen und Verbote mit wachsender Dringlichkeit geführt wird. Das Netzwerk Kinderrecht Schweiz (NKS) teilt die Einschätzung, dass Handlungsbedarf besteht.

Schutz-, Förder- und Beteiligungsrechte gemeinsam denken

Die Debatte auf die Frage des Ausschlusses zu beschränken, greift jedoch zu kurz. Die UN-Kinderrechtskonvention schützt Kinder nicht nur vor Gefahren (Art. 19), sie garantiert ihnen auch das Recht auf Meinungsäusserung und Gehör (Art. 12), auf Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 13), auf Schutz der Privatsphäre (Art. 16) sowie auf Zugang zu Medien im Rahmen eines wirksamen Kinder- und Jugendschutzes (Art. 17). Ein pauschales Verbot löst das Schutzproblem, verletzt dabei aber die übrigen Rechte: Es nimmt Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Information, Austausch und gesellschaftlicher Teilhabe, statt die eigentliche Ursache der Gefährdung zu beseitigen. Schutz und Teilhabe stehen sich nicht entgegen, sondern müssen gemeinsam gedacht werden.

Ausschluss ist kein effektiver Kinderschutz

Die Risiken, denen Kinder und Jugendliche online ausgesetzt sind, sind keine unvermeidliche Begleiterscheinung des Internets, sondern gehen auch auf konkrete unternehmerische Entscheidungen zurück: Plattformen sind so gebaut, dass sie möglichst viel Aufmerksamkeit binden. Sie finanzieren sich über personalisierte Werbung und delegieren die Verantwortung für die auf den Plattformen publizierten Inhalte weitgehend an die Nutzer*innen ab.

Ein pauschales Verbot von Social Media Plattformen für Kinder bis zu einem bestimmten Alter mag auf den ersten Blick wirksam und zweckmässig erscheinen. Die Gefahren im Netz verursachen aber grösstenteils Erwachsene. Die Informations- und Teilhaberechte junger Menschen zu beschneiden, um sie davor zu schützen, erachtet das NKS als

unverhältnismässig, zumal Verbote umgangen werden können und die Gefahren bei Erreichen einer bestimmten Altersgrenze weiter existieren.

Plattformen zur Verantwortung ziehen
Das NKS fordert deshalb, dass Plattformen gesetzlich zu einer sicheren und alters- und entwicklungsgerechten Gestaltung ihrer Dienste verpflichtet werden. Nicht die Kinder sind auszuschliessen, sondern die Anbieter sind in die Pflicht zu nehmen:

- Verpflichtung der Plattformen, zum Schutz von Kindern und Jugendlichen systematische Risikoanalysen durchzuführen und wirksame Massnahmen zur Risikominderung umzusetzen.
- Alters- und entwicklungsgerechte Ausgestaltung von Funktionen und Inhalten (keine öffentlichen Konten, keine Direktnachrichten von Fremden, Massnahmen gegen Desinformation und Gewalt u.v.m.)
- Verbot personalisierter Werbung gegenüber Minderjährigen
- Verzicht auf süchtig machende Mechanismen der Plattformen (endloses Scrollen, Autoplay, manipulative Benachrichtigungen)
- Transparenz der Empfehlungsalgorithmen
- Zugängliche Beschwerde- und Meldestellen
- Griffige Durchsetzung durch klare Bussen und Konsequenzen bei Nichteinhaltung

Mit Kindern statt über sie
Entscheidungen über die Regulierung digitaler Räume betreffen Kinder und Jugendliche unmittelbar. Das NKS fordert, sie als Rechteträger*innen aktiv in die Ausgestaltung dieser Regulierung einzubeziehen. Sie wissen meist sehr genau, wo sie online Probleme erleben, wie allfällige Einschränkungen aufgenommen oder umgangen werden und wie wirksame Schutzräume ausgestaltet sein müssen.

Regulierung ersetzt Medienkompetenz nicht
Das NKS fordert, die Medienbildung in der obligatorischen Schule rasch und flächendeckend auszubauen und sie auch im ausserschulischen Bereich zu stärken. Eltern und Erziehungsberechtigte begleiten ihre Kinder im Netz. Dafür brauchen sie Wissen, Unterstützung und griffige Instrumente. Die Kinder und Jugendlichen selbst sollen lernen, wie sie auf ihre psychische Gesundheit achten und sich sicher mit Gleichaltrigen austauschen. Sie sollen Falschinformationen erkennen, sich als Teil einer demokratischen Gesellschaft verstehen und wissen, wo sie Hilfe finden.

Medienkompetenz endet nicht mit einem bestimmten Alter und beginnt auch nicht erst ab einem bestimmten Alter. Sie ist ein gemeinsamer Weg, den Kinder, Familien, Schulen und die ganze Gesellschaft zusammen gehen.